Götz: Ukrainische Familien können kommen

Erstellt: 24.03.2022, 05:00 Uhr

Von: Jürgen Wagner

Die Stadt Friedberg plant für die Ankunft ukrainischer Flüchtlinge, obwohl, wie die Erste Stadträtin Marion Götz (SPD) im Sozialausschuss sagte, »nichts wirklich planbar ist«.

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine setzt sich fort, die Zahlen der Flüchtlinge schnellen in die Höhe. Die Stadt Friedberg ist nach den Worten der Ersten Stadträtin Marion Götz darauf vorbereitet. Allein: Was genau auf die Stadt zukommt, weiß derzeit niemand. »Es gibt nichts beständigeres als den Wandel«, kommentierte Götz die aktuell schwierige Gemengelage.

In der Friedberger Kaserne wurde dieser Tage eine Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) des Landes eröffnet. Auch hier gilt das Diktum des beständigen Wandels: Statt der prognostizierten 600 könnten es bis Jahresende 1000 Menschen sein, die hier nach der Flucht eine erste Bleibe finden.

Die EAE hat Auswirkungen auf die Zahl der ukrainischen Flüchtlinge, die der Wetteraukreis auf die Kommunen verteilt. Soll Bad Nauheim etwa pro Woche 20 Personen aufnehmen, so sind es in Friedberg nur sechs. Die ersten sollten am Dienstag mit Bussen von Gießen in die Mehrzweckhalle Bruchentrücken gefahren werden. Doch Friedberg blieb bei der Verteilung außen vor. Ein Grund: Zahlreiche Ukrainer sind bereits privat in Friedberg untergekommen.

Paten begleiten durch die Stadt

In Bruchentrücken erhalten die Menschen Lunchpakete, Platz zum Ausruhen, Spielsachen für die Kinder. Götz: »Sie werden registriert und erhalten Barcodes für Einkäufe in Supermärkten.« Für Erwachsene sind das knapp 150 Euro. Paten begleiten die Menschen dann zum Einwohnermeldeamt, helfen beim Asylantrag. Wo kann man einkaufen? Welche Dinge gibt es wo kostenlos? Auch das sollen die Paten den Flüchtlingen beim Stadtrundgang zeigen. Götz: »Wir wollen eine Willkommenskultur in Friedberg schaffen.«

Es werden Unterkünfte gesucht. Alle Wohnungen, die in der Wetterauer Wohnungsbörse gemeldet werden, leitet der Kreis dem Rathaus zu. Dort werden die Wohnungen auf ihre Eignung geprüft. Christine Diegel, Leiterin des Amtes für Soziales und Kultur: »Wir suchen vor allem Wohnungen mit Küchen, damit sich die Menschen selbst versorgen können.« Und längere Zeiträume als nur zwei oder drei Wochen seien nötig.

Die Stadt hat eine Stabsstelle eingerichtet; eingebunden ist auch Holger Kopsch, der bis 2019 die Stabsstelle Flüchtlingsbetreuung bei der Stadt leitete. Die Stabsstelle hat sich bereits mit Vertretern des Runden Tisches getroffen, weitere ehrenamtliche Helfer hätten sich bei der Stadt gemeldet. Götz: »Wir können Hilfe gut gebrauchen.« Helferinnen und Helfer können sich anmelden unter der E-Mail-Adresse soziales@friedberg-hessen.de. Auf einen Aufruf zu Sachspenden habe die Stadt bewusst verzichtet. Götz: »Die großen Hilfsorganisationen bitten eher um Geldspenden.« Um die Wohnungen auszustatten, greift die Stadt auf alte Möbelbestände zurück. Der Umsonstladen wurde laut Götz in das Konzept mit einbezogen, Lagerräume will die Stadt zur Verfügung stellen.

Bastelangebote und Deutschkurse

Für professionelle Sprachkurse fehlt derzeit das Fachpersonal. Die Stadt will niedrigschwellige Angebote machen, Spielen und Basteln für Mütter und Kinder anbieten. Ehemalige Deutschlehrer wollen Sprachunterricht geben. Im Rathauspark soll eine Kennenlern-Veranstaltung steigen. Auf einen Kita-Platz haben ukrainische Kinder wohl erst nach drei bis vier Monaten Aufenthalt einen Rechtsanspruch, sagte Götz. Die Warteliste ist auch so schon lang.

Aber es deutet sich eine Entspannung an: Wie Bürgermeister Dirk Antkowiak (CDU) zu Beginn der Sitzung bekanntgab, ist der Ankauf der ehemaligen Montessori-Kita im Grünen Weg in greifbare Nähe gerückt. Aus den Reihen der Gläubigerversammlung habe es Einsprüche gegen den Verkauf gegeben, diese seien vom Gericht abgewiesen worden. Nun könne die Stadt, die das höchste Angebot für die Immobilie abgegeben hatte, in Verkaufsverhandlungen treten. Um mehr Kinder in den bestehenden Kitas unterzubringen, ist auch denkbar, dass das Land die Standards senkt. Also beispielsweise mehr Kinder pro Gruppe erlaubt. »Ich hoffe, dass die Entscheidung darüber nicht zu lange dauert«, sagte Götz.

Abzuwarten bleibt auch, wer das alles bezahlt. »Die Zuschüsse von Bund und Land für die Aufwendungen der Kommunen sind noch nicht geklärt«, sagte Götz. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) plant aktuell einen Sonderhaushalt für die mit dem Krieg verbundenen Kosten. Der Politik bleibt derzeit nichts anderes übrig, als den nicht zu berechnenden Sonderfall einzukalkulieren.

Wetteraukreis: Die ersten 69 Flüchtlinge sind angekommen

69 Menschen aus der Ukraine sind am Dienstag in der Wetterau angekommen. An der Mehrzweckhalle in Friedberg-Bruchenbrücken wurden sie registriert und an Städte und Gemeinden übergeben.

Vergangene Woche hatte Landrat Jan Weckler die Rathäuser informiert, dass Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine nach Quote zugewiesen werden; für die Unterbringung von Flüchtlingen aus weltweiten Krisengebieten bleibt dagegen der Kreis zuständig.

Friedberg, Nidda und Büdingen werden bei der Zuteilung um zwei Drittel entlastet, da es dort Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) des Landes gibt. Berücksichtigt wird auch, wie viele ukrainische Flüchtlinge sich bereits beim Einwohnermeldeamt vor Ort haben registrieren lassen. »Das sind derzeit rund 1000 Personen, verteilt über alle 25 Kommunen. Diese sind meist über andere Wege angekommen und privat untergekommen«, teilt der Landrat mit. Und: Noch nicht alle geflüchteten Personen hätten sich bei den Einwohnermeldeämtern gemeldet.

Angekündigt waren vom Land 152 Kriegsflüchtlinge, laut Regierungspräsidium saßen dann 69 Personen in einem Bus, der direkt aus der EAE in Gießen kam. An der Mehrzweckhalle in Bruchenbrücken kam nur die Hälfte dieser Personen an. Hintergrund ist, dass sich ukrainische Flüchtlinge in der EU visumfrei aufhalten können.

Die Flüchtlinge sollen immer dienstags ankommen. Diesmal wurden sie auf sieben Kommunen verteilt: Butzbach, Echzell, Florstadt, Ranstadt, Rosbach, Wölfersheim und Wöllstadt. Es werden Unterkünfte gesucht. Der Wetteraukreis hat auf seiner Internetseite eine »Wohnungsbörse Ukraine« eingerichtet.